

# Digitale Instrumente der e-Demokratie

## In Kürze

- Digitale Instrumente erlauben es BürgerInnen, einfacher an Politik- und Entscheidungsprozessen teilzunehmen.
- Zahlreiche lokale, nationale und europäische Erfahrungen mit dem Einsatz digitaler Instrumente helfen, Entscheidungsprozesse zu verbessern.
- Einer der wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche e-Partizipation ist eine enge und klare Verbindung zu einem konkreten formalen politischen Prozess.
- Die zahlreichen internationalen Erfahrungen mit e-Partizipationsprozessen sind auch für Österreich hoch relevant.

## Worum geht es?

Bei e-Demokratie handelt es sich um verschiedenste Praktiken, um sich online an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen. Durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) kann Beteiligung erleichtert und die Demokratie gestärkt werden. Digitale Instrumente wie Petitionsportale oder Konsultationsplattformen bieten leicht zugängliche Optionen für beteiligungswillige BürgerInnen und können so demokratische Prozesse verbessern. Internet und soziale Medien bergen zudem großes Potenzial für die Weiterentwicklung einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit. Hier sind verschiedene Formen und Funktionen der IKT-Nutzung im Rahmen von e-Demokratie zu unterscheiden.

**Beobachtungsinstrumente** dienen der Kontrolle und Rückmeldung an EntscheidungsträgerInnen.

**Agenda-Setting-Instrumente** können formell oder informell gestaltet sein (Petitions-, Konsultations- oder Crowdsourcing-Webseiten sowie BürgerInneninitiativen).

**Entscheidungsinstrumente** können verbindlich (z.B. elektronische Stimmabgabe) oder unverbindlich (z.B. BürgerInnenhaushalte) sein.

Erfolgsentscheidend ist, wie diese Instrumente konkret gestaltet und eingesetzt werden. In der zugrundeliegenden Studie wurden Verbesserungsvorschläge für schon vorhandene Instrumente formuliert und neue Möglichkeiten aufgezeigt.



Viele digitale Werkzeuge stehen für e-Demokratie zur Verfügung

Dass e-Demokratie-Projekte keine Auswirkungen auf die Politik haben, hat sich als anhaltendes Defizit erwiesen. Erfolge sind oftmals lediglich darauf beschränkt, zum Gemeinschaftsaufbau beizutragen und die Beteiligten persönlich zu stärken. In einigen e-partizipativen Verfahren lassen sich sogar negative Auswirkungen beobachten, wie beispielsweise Enttäuschung unter den Beteiligten und ein erhöhtes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen. Mangelnde Transparenz ist ein Auslöser solch unerwünschter Effekte.

Das Interesse politischer EntscheidungsträgerInnen und der Öffentlichkeit an e-Partizipation scheint dennoch groß zu sein. Dies ist zum Teil als Folge des Wunsches vieler EU-BürgerInnen nach mehr Entscheidungsfreiraum in der EU zu verstehen. Es gilt die Frage zu beantworten, wie das hohe Potenzial e-demokratischer Instrumente ausgeschöpft werden kann, damit sowohl die Politik als auch die Öffentlichkeit davon profitieren können.

## Eckdaten

<b>Projekttitle:</b>	EDEM: E-Demokratie leicht gemacht
<b>Projektteam:</b>	G. Aichholzer, G. Rose (im internationalen Konsortium)
<b>Laufzeit:</b>	06/2016 – 02/2017
<b>Auftraggeber:</b>	Europäisches Parlament – STOA Science and Technology Options Assessment

## Wesentliche Ergebnisse

Durch die Verbesserung schon bestehender und die Einführung neuer e-Partizipationsprozesse wird ein stärkerer Einfluss der BürgerInnen auf das Agenda-Setting und auf die Entscheidungsfindung angestrebt.

Einer der wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche e-Partizipation ist eine enge und klare Verbindung zu einem konkreten, formalen politischen Prozess. Viele unverbindliche Formen der e-Beteiligung garantieren nicht automatisch die politische Berücksichtigung von Vorschlägen, welche von BürgerInnen stammen. Insbesondere breite und sehr allgemein gehaltene Beiträge lassen sich schwierig umsetzen.



Foto: © Europäische Union 2012

Die Europäische BürgerInneninitiative (EBI) kann bisher nur wenige konkrete politische Erfolge vorweisen.

Die Zufriedenheit der TeilnehmerInnen hängt stark mit der Transparenz des partizipativen Prozesses zusammen. Wird im Vorhinein klargestellt, welchen Beitrag die produzierten Ergebnisse für den Entscheidungsprozess liefern, so sind die Erwartungen realistisch und es lassen sich Enttäuschungen vermeiden. Feedback darüber, wie Ergebnisse letztendlich berücksichtigt wurden, stärkt die Vertrauensbildung.

Als wesentlich hat sich darüber hinaus die Einbettung des partizipativen Prozesses in eine institutionelle „Kultur der Partizipation“ gezeigt. Dabei ist es von Bedeutung, dass der Prozess kein isoliertes Einzelphänomen darstellt. Besteht die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln und das Feedback von BenutzerInnen zu integrieren, lassen sich die Instrumente kontinuierlich verbessern und erweitern.

Es hat sich gezeigt, dass E-Partizipation von einer effektiven Strategie zur Mobilisierung und Einbindung begleitet sein muss, um repräsentative Ergebnisse zu erzielen. Um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen und eine breite Teilnahme zu sichern, müssen mehrere Kommunikationsinstrumente genutzt werden und auch Strategien für Offline-Kommunikation verfolgt werden.

## Was tun?

**Die zahlreichen internationalen Erfahrungen mit e-Partizipationsprozessen sind auch für Österreich hoch relevant.**

- Auf nationaler Ebene bietet es sich an, im Rahmen digitaler Instrumente Austauschmöglichkeiten unter den TeilnehmerInnen zu ermöglichen. Interaktionsmöglichkeiten mit EntscheidungsträgerInnen würden ebenfalls zu einem stärkeren Einfluss der BürgerInnen beitragen.
- Um die Transparenz partizipativer Prozesse zu erhöhen können Infografiken oder „Ampelsysteme“ eingesetzt werden, welche den Verarbeitungsstatus von Beiträgen visualisieren. Feedback, in welcher Form Beiträge berücksichtigt wurden, sollte nicht ausbleiben.
- Um möglichst viele BürgerInnen zu erreichen, empfiehlt es sich, schon zu Beginn eine Medienstrategie zu entwickeln. Engagement von Partnern wie beispielsweise zivilgesellschaftliche Organisationen kann in der Mobilisierung von BürgerInnen behilflich sein.
- Im Bereich der elektronischen Stimmabgabe muss noch viel in die Beseitigung von Systemanfälligkeiten investiert werden, bevor es zu einer sicheren Anwendung kommen wird.

## Zum Weiterlesen

Korthagen, I.; van Keulen, I.; Hennen, L.; Aichholzer, G.; Rose G., Lindner, R.; Goos, K.; Øjvind Nielsen R. (2018) Prospects for e-democracy in Europe. Europäisches Parlament – STOA Science and Technology Options Assessment  
[europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/603213/EPRS\\_STU\(2018\)603213\\_EN.pdf](http://europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/603213/EPRS_STU(2018)603213_EN.pdf)

## Kontakt

**Gloria Rose**

**E-mail:** [tamail@oeaw.ac.at](mailto:tamail@oeaw.ac.at)

**Telefon:** +43(1)51581-6582

